

## **Kubaner demonstrierten erneut am Reichstagsgebäude in Berlin gegen das kommunistische Regime**

### **Freiheitlich und demokratisch gesinnte Kubaner forderten die Freilassung der politischen Gefangenen und informierten über die Lage in Kuba**

**Berlin.** Für ihre Freiheit und gegen den Kommunismus haben Kubaner in Berlin am 11. Juli 2022, dem Jahrestag der großen Proteste in ihrer Heimat vor einem Jahr, am Reichstagsgebäude demonstriert. Veranstalter war die Gruppe „Opus Berlin Cuba“ mit Maria del Carmen Marrero, die durch das Programm führte. Es sprachen unter anderen der exilkubanische Schriftsteller Amir Valle, die frühere politische Gefangene Daniela Rojo Varona, der frühere DDR-Häftling Mario Röllig (CDU) und auch IGFV-Vorstandsmitglied Michael Leh. Eine Kubanerin erklärte: „Vor einem Jahr hatten wir viel Hoffnung, als unsere Bevölkerung auf die Straße ging.“ Aber das Regime habe alle Proteste hart niedergeschlagen. Eine andere Kubanerin meinte, man solle nicht mehr Urlaubsreisen nach Kuba machen, denn die Devisen kämen nur der Regierung zugute, während das Volk darben und hungern müsse. Die Kubaner forderten die Freilassung der politischen Gefangenen, deren Zahl mit 1007 angegeben wurde.

Michael Leh verwies auch auf den anhaltenden Massenexodus aus Kuba. Nach einer Schätzung des amerikanischen Außenministeriums würden für das Jahr 2022 rund 150.000 Migranten aus Kuba prognostiziert. Die meisten versuchen, über Mexiko in die USA zu gelangen. Leh zitierte aus einer neuen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), wonach die aktuelle Inflationsrate in Kuba bei 73 Prozent liege. Der kubanische Peso habe in den letzten beiden Monaten „effektiv die Hälfte seines Wertes verloren“, so die KAS-Studie. Darin heißt es auch: „Laut der Menschenrechtsgruppe *Justicia* wurden im Nachgang der Proteste *mindestens* 1.470 Kubaner wegen ihrer Teilnahme an den Demonstrationen festgenommen. Die genaue Zahl der Vermissten bleibt weiter unbekannt. Bis Dato laufen zudem noch zahlreiche Gerichtsverfahren: Einige Demonstranten wurden wegen ‚Volksverhetzung‘ zu bis zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt.“ Das Gesetzesdekret 35 vom August 2021 habe die Meinungsfreiheit im Internet für die Kubaner wieder stark eingeschränkt. Telekommunikationsanbieter seien demnach verpflichtet, „ihre Dienste zu unterbrechen, auszusetzen oder zu beenden, wenn ein Benutzer Informationen veröffentlicht, die in den Augen der Diktatur gefälscht sind oder die ‚öffentliche Moral beeinträchtigt‘“, so die KAS.

Leh wies auch auf das Vorgehen des Regimes hin, nicht nur Druck auf einzelne Dissidenten auszuüben, sondern auch auf deren Angehörigen, damit sie möglichst das

Land verlassen und kein kritisches Potential mehr darstellen. Vielen wird die Wiedereinreise verweigert - ein Schicksal, dass auch etliche Kubaner der Demonstration in Berlin teilen. Putins Krieg gegen die Ukraine lenke jetzt leider wieder auch die Aufmerksamkeit von Kuba in der deutschen Öffentlichkeit ab, sagte Leh. Umso lauter müssten die Kubaner jetzt in Deutschland ihre Stimme erheben. Scharf kritisierte das IGMF-Vorstandsmitglied die starke deutsche linksextreme Unterstützerszene für das kubanische Regime. Dazu gehört unter anderem die offizielle Arbeitsgemeinschaft „Cuba si“ der Partei „Die Linke“, die in Berlin eine der Regierungsparteien ist. Wie schon im Juli vor einem Jahr hatten die Linksextremisten auch jetzt wieder zur „Solidarität mit der kubanischen Revolution“ aufgerufen und vor der kubanischen Botschaft für das Regime demonstriert.

IGFM-Vorstandsmitglied Michael Leh hat die Kundgebung von „Opus Berlin Cuba“ am Reichstag mit vielen Fotos dokumentiert.